

# Was Gendermedizin mit reproduktiven Rechten zu tun hat

Vorstellung des Vereins  
Doctors for Choice Germany

*Marion Hulverscheidt und  
Christiane von Rauch*

Der Verein Doctors for Choice Germany ist ein deutschlandweites Netzwerk von Ärzt\*innen und Medizinstudierenden. Sie eint die Überzeugung, dass ein selbstbestimmter Umgang mit Sexualität, Fortpflanzung und Familienplanung essenziell für die Gesundheit aller Menschen sowie für die Gleichberechtigung in der Gesellschaft ist. Neben erfahrungsbasiertem Wissen von Ärzt\*innen und Patient\*innen fließen auch Ergebnisse qualitativ hochwertiger Studien, Forderungen internationaler Organisationen und Empfehlungen von Fachgesellschaften in die Arbeit ein.

**G**ender – ein Hasswort für die einen, eine probate Erklärung für die anderen, die das körperliche vom sozialen Geschlecht trennen wollen. Auch wenn viel über den kleinen und großen Unterschied gesprochen und lamentiert wird, das Schwangerwerdenkönnen hat in Deutschland nicht nur biologische und soziale, sondern auch juristische Konsequenzen. Im Vergleich zu vielen anderen Staaten (Niederlande, Österreich, Frankreich, Großbritannien, Neuseeland, Kanada) ist in Deutschland die Abtreibung immer noch ein Tatbestand im Strafrecht. Dabei werden sowohl diejenigen kriminalisiert, die nicht (mehr) schwanger sein wollen, als auch diejenigen, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen. Neben der strafrechtlichen Regelung, die den Schwangerschaftsabbruch stigmatisiert und tabuisiert, sind es vor allem religiöse Fundamentalisten, sogenannte „Lebensschützer“, die für strengere und härtere Verbote der Abtreibung kämpfen. Diese beiden Faktoren führen dazu, dass es immer weniger Ärzt\*innen gibt, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen.

In Deutschland galten bis 1992 unterschiedliche Regelungen – in der BRD gab es den Spagat von „rechtswidrig, aber straffrei“, wonach eine Ab-



Am Modell der Papaya üben Medizinstudierende die Saugkürettage.  
Fotos (auch S. 42): Medical Students for Choice Berlin



Vereinsaktivist\*innen von Doctors for Choice Germany beim Internationalen Frauentag (li.) sowie bei der Gründungsfeier. Fotos: DfC

treibung zwar verboten, unter bestimmten Bedingungen aber möglich war. In der DDR galt die Fristenlösung im Rahmen derer Frauen zwölf Wochen Zeit hatten, einen Abbruch vornehmen zu lassen.

### Ziele des Vereins

Schwanger werden können Menschen mit Uterus. Für deren Rechte und Möglichkeiten engagiert sich der im November 2019 gegründete Verein Doctors for Choice (DfC). Der Verein hat sich mehrere Ziele gesetzt: Aufklärung, Enttabuisierung, (inter-)nationale Vernetzung von Aktivist\*innen, Aus-, Fort- und Weiterbildung von Ärzt\*innen zu den verschiedenen Möglichkeiten des Schwangerschaftsabbruchs sowie das Anstoßen eines gesellschaftspolitischen Diskurses über die notwendige Streichung der Paragraphen 218 und 219 im Strafgesetzbuch zum Schwangerschaftsabbruch.

Dieser letzte Punkt ist eben auch derjenige, der die Gendermedizin betrifft, denn nur Menschen mit Uterus, die das Potenzial zur Schwangerschaft besitzen, können deswegen auch kriminalisiert und diskriminiert werden. Dabei hat die Eigenschaft des Schwangerwerdens für eine bestimmte Menschengruppe nur eine bestimmte Zeit ihres Lebens Gültigkeit. Die davon abgeleiteten Diskriminierungen gelten jedoch weit über diese Zeitspanne hinaus und betreffen pauschal Frauen. Weil Frauen wegen der Möglichkeit des Schwangerwerdens diskriminiert werden, ist es wichtig, notwendig und sinnvoll, dass es Förderungen und Unterstützung speziell für sie gibt.

### Aufklärung dringend nötig

Braucht es denn noch Aufklärung und Information in Zeiten des Internets, wo alle Informationen frei zugänglich sind? Leider

unbedingt, denn neben probaten Informationen gibt es für ungewollt Schwangere unendlich viele Fehlinformationen über die Durchführung und die möglichen Folgen eines Abbruchs. Die Diskussion um das sogenannte Post-Abortion-Syndrom, die nun in Deutschland sogar von ministerieller Stelle befördert wird, zeigt vor allem eines: Es ist Abtreibungsgegner\*innen gelungen, quasi durch die Hintertür Menschen zu pathologisieren. Im Februar 2019 kündigte Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) an, fünf Millionen Euro für eine Studie zur Verfügung zu stellen, mit der die seelischen Folgen eines Schwangerschaftsabbruchs untersucht werden sollen – dabei gibt es bereits wissenschaftliche Untersuchungen, die gezeigt haben, dass kein Post-Abortion-Syndrom existiert.

Zu nennen sind auch die vielen einschüchternden Falschaussagen zum medikamentösen Abbruch mit dem Medikament Mifegyne®, der im internationalen Vergleich in Deutschland viel zu wenig angeboten wird. Im Internet werden Gerüchte über Spätfolgen wie Unfruchtbarkeit, Krebs und Depressionen verbreitet, die nicht auf einer akzeptablen Studienlage basieren. Eine ähnlich gelagerte Diskussion um schonendere, weniger schmerzhaft Methoden der Beendigung einer ungewollten Schwangerschaft gab es auch schon in den 1970er-Jahren, als die Abaugmethode in der klinischen Medizin etabliert wurde.

Mehr Information benötigen auch die politischen Entscheidungsträger\*innen in Deutschland. Hier besteht mit der Beibehaltung des Paragraphen 219a eine Reglementierung, die es auch nach der Reform im vergangenen Jahr Ärzt\*innen verbietet, auf ihren Websites über Schwangerschaftsabbrüche zu informieren.

Der Verein Doctors for Choice hat im März 2020 gemeinsam mit anderen Organisationen zu Beginn des Pandemiebedingten Lockdowns auf vielen medialen Kanälen darauf hingewiesen, dass durch die Kontaktbeschränkung weitere erschwere Hindernisse hinzukommen, um einen fristgerechten Schwangerschaftsabbruch in Deutschland durchführen zu können. Hürden waren hier neben der generell immer geringer werdenden Zahl der Ärzt\*innen, die Abtreibungen vornehmen, vor allem die zum Teil weiten Fahrwege, die Termine bei Beratungsstellen und die Kostenübernahmeerklärungen der Krankenkassen für Geringverdienende. Die Umstellung auf einen elektronischen Zugang und eine virtuelle Beratung musste und muss massiv eingefordert und konnte punktuell erreicht werden.

### Enttabuisierung voranbringen

Schwangerschaftsabbrüche fanden und finden statt und werden weiter durchgeführt werden, unabhängig von der Gesetzeslage. Von den Rahmenbedingungen hängt es ab, wie viele Frauen, die ungewollt schwanger sind, ihr Leben durch nicht sachgerechte, heimlich durchgeführte Abtreibungen riskieren. Und von der Gesellschaft hängt es ab, wie stark die Thematik tabuisiert und moralisiert wird. Besonders trifft das Tabu Schwangere aus den ländlichen und/oder religiös geprägten Regionen, Migrant\*innen und trans\* Personen.

Ein Tabu kann durch Kommunikation aufgelöst werden. Es hilft eine Öffnung, ein Sprechen über Abbrüche, die Gefühle, die Nöte und die Erleichterung ebenso wie das Einbeziehen des eigenen Umfeldes. Wie viele Frauen treiben heimlich ab und sprechen mit ihrem Partner, ihrer Familie oder ihren Freundinnen nicht da-



rüber? Das Thema ist schambesetzt, dabei ist das gar nicht notwendig. Wie wir uns und die Gesellschaft zum Sprechen und Reflektieren bringen können, das wollen wir üben und praktizieren.

Nach den öffentlichen Bekenntnissen „Ich habe abgetrieben“ der 1970er-Jahre folgte eine politische Debatte, keine private. Es ist mittlerweile möglich, über Fehlgeburten und glücklose Schwangerschaften zu sprechen. Der Verein DfC begrüßt daher Initiativen, die die Entstigmatisierung beispielweise durch Veröffentlichung von Erfahrungsberichten ungewollt Schwangerer oder Menschen, die einen Abbruch hinter sich haben, fördern und sammelt auch selbst solche Berichte. Dadurch kann das Stigma erfahrbar und das Tabu gebrochen werden.

### (Inter-)nationale Vernetzung

Gemeinsam geht es besser als allein. Daher stellt DfC auch keinen Alleinvertretungsanspruch für die Thematik reproduktiver Rechte. Die Vereinsaktivist\*innen sehen sich eher als Unterstützung, Ergänzung und Beförderung von pro familia und dem Arbeitskreis Frauengesundheit auf nationaler Ebene in Deutschland, als Scharnier zu den immer zahlreicher werdenden Medical Students for Choice-Gruppen in deutschen Universitätsstädten und auf internationaler Ebene zur International Federation of Professional Abortion and Contraception Associates (FIAPAC) und DfC-Vereinen in anderen Ländern. Lokale Aktivitäten können so besser integriert, nationale Forderungen breiter unterstützt werden.

Zu nennen sei hier der jüngste Vorstoß des baden-württembergischen Sozialministeriums, als Einstellungsvoraussetzung für Ärzt\*innen an Universitätskliniken die Bereitschaft zur Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen zu fordern. Hier wird der Sicherstellungsauftrag in den Blick genommen. Der Staat und die von ihm (mit-)finanzierten Krankenhäuser müssen die medizinisch-klinische Versorgung der örtlichen Bevölkerung sicherstellen. Dies gilt auch für den Schwangerschaftsabbruch. Die meisten öffentlich finanzierten Kliniken und die große Mehrzahl der Gynäkolog\*innen führen dennoch keine Schwangerschaftsabbrüche durch. Viele ältere Ärzt\*innen, die Abbrüche durchführen, werden in den kommenden Jahren in Rente gehen. Die organisatorischen und finanziellen Hürden für



ungewollt Schwangere werden dadurch immer größer werden und eine vermeidbare Gesundheitsgefährdung wird schon jetzt in Kauf genommen.

### Aus- und Weiterbildung

Es begann in Berlin mit den sogenannten Papaya-Workshops. Weil sie mit dem medizinischen Curriculum an der Charité, Universitätsmedizin Berlin unzufrieden waren, welches den Schwangerschaftsabbruch kaum bis gar nicht beinhaltete, luden die Medical Students for Choice praktizierende Gynäkolog\*innen nach Berlin ein. Am Modell der Papaya konnten sie dann die Saugkürettage üben. Doch ging es bei den Kursen um mehr – um das Darüber-Sprechen, um den Umgang mit ungewollt Schwangeren, um das Aushalten des Dilemmas von Freude, Enttäuschung, Trauer und Erleichterung.

Gynäkolog\*innen vom Familienplanungszentrum Balance in Berlin, die auch Gründungsmitglieder von DfC sind, haben zudem einen Leitfaden zum medikamentösen Schwangerschaftsabbruch erstellt. Damit können sich niedergelassene Ärzt\*innen über die Vorgehensweise und die möglichen Schwierigkeiten beim medikamentösen Schwangerschaftsabbruch kundig machen. Geplant ist, dass über DfC Praktikumsstellen für Ärzt\*innen und Medizinstudierende vermittelt werden, die gerne mehr praktische Erfahrung sammeln wollen. Geplant sind auch zertifizierte Weiterbildungen, damit sichergestellt werden kann, dass ein hoher Qualitätsstandard bei Schwangerschaftsabbrüchen

gewährleistet wird – denn solche offiziellen Weiterbildungen gibt es in Deutschland aktuell noch nicht.

### Gemeinsames Engagement

Reproduktive Rechte – das ist ein großes Wort und doch hat es eine simple Bedeutung: das Recht, selbstständig über die eigene Fortpflanzung und Familienplanung bestimmen zu können – und dies unabhängig vom Geschlecht für alle Menschen weltweit. Es umfasst damit neben dem Recht auf Sexualaufklärung, dem Recht auf Zugang zu Verhütungsmitteln und dem Recht auf Zugang zu Abtreibungen auch die Rechte auf weitere Möglichkeiten der Reproduktion.

Hier gibt es auch innerhalb des noch jungen Vereins viel Diskussionsbedarf, auch in Bezug auf medizinethische Fragen. Denn wir sind uns bewusst, dass es immer wieder unterschiedliche, auch persönliche Grenzen gibt. Dies auszuhalten ist notwendig, um gemeinsam etwas voranzubringen. DfC setzt sich für die Anerkennung und Umsetzung der Menschenrechte, insbesondere für die sexuellen und reproduktiven Rechte gemäß CEDAW, der internationalen Frauenrechtskonvention, ein. Hierzu gehört selbstverständlich auch die Forderung nach Streichung der Paragraphen 218 und 219a und die Unterstützung der Kolleginnen, die wegen des vermeintlichen Verstoßes gegen den Paragraphen 219a kriminalisiert sind und vor dem Bundesverfassungsgericht stehen beziehungsweise sich auf dem Weg dorthin befinden. ■

Weitere Informationen unter:  
<https://doctorsforchoice.de/>; [www.fiapac.org/](http://www.fiapac.org/);  
<https://msfcberlin.com/>;  
<http://abtreibungs-mythen.info>



Foto: Cordula Kropke

#### Dr. Marion Hulverscheidt

ist Ärztin, Medizinhistorikerin sowie Gründungsmitglied von DfC und lebt in Kassel. [m.hulverscheidt@web.de](mailto:m.hulverscheidt@web.de)



#### Christiane von Rauch

ist Allgemeinmedizinerin i. R., Mitglied bei DfC, aktiv in der Solidaritätsinitiative für Kristina Hänel und andere wg. § 219a kriminalisierte Ärzt\*innen. [c.v.rauch@gmx.net](mailto:c.v.rauch@gmx.net)